



Nr. 358 | 03.02.2026

Polen-Analysen

- Polens Diasporapolitik
- Kommentar zur Interpretation des Deutsch-Polnischen Barometers 2025

■ ANALYSE

- Die Politik des polnischen Staates gegenüber seiner Diaspora 2
Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

■ DOKUMENTATION

- Die Regierungsstrategie für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen im Ausland 2025–2030 9

■ STATISTIK

- Personenanzahl der polnischen Diaspora 11

■ KOMMENTAR

- Strukturwandel der deutsch-polnischen Beziehungen – mehr als nur eine Stimmungskrise
Ein Kommentar zur Interpretation des Deutsch-Polnischen Barometers 2025 (Polen-Analysen 357) 13
Krzysztof Ruchniewicz, Universität Wrocław, Breslau

■ CHRONIK

20. Januar – 2. Februar 2026 15

Die Politik des polnischen Staates gegenüber seiner Diaspora

Bastian Sendhardt, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

DOI: 10.31205/PA.358.01

Zusammenfassung

Polen hat seine Politik gegenüber der Polonia und den Polen im Ausland seit 1989 schrittweise ausgebaut und zu einem eigenständigen Politikfeld verdichtet. Sie richtet sich an heterogene Zielgruppen – von Auswanderungsgemeinschaften in Westeuropa und Übersee bis zu polnischen Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa – und verbindet Identitäts- und Sprachpolitik, Minderheitenschutz, rechtliche Sonderinstrumente (Repatriierung, *Karta Polaka*) sowie politische Partizipation. Institutionell prägen Senat und Außenministerium, flankiert von nachgeordneten Einrichtungen, dieses Feld; seit Mitte der 2010er Jahre sind zudem Zentralisierungs- und Koordinierungsbestrebungen erkennbar. Mit der Regierungsstrategie 2025–2030 wird die Diasporapolitik stärker als zuvor mit außen-, migrations- und arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen verknüpft und die Polonia explizit als Ressource und Partner in einer grenzübergreifend gedachten »globalen Nation« adressiert.

Einleitung

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben staatliche Beziehungen zu im Ausland lebenden Staatsangehörigen und Personen mit Herkunftsbezug weltweit erheblich an Bedeutung gewonnen. Inzwischen verfügen die meisten Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen über spezifische Programme, Institutionen und Rechtsinstrumente, mit denen sie ihre Diasporagemeinschaften ansprechen und in politische, kulturelle oder ökonomische Strategien einbinden. In Politik und Forschung werden solche Maßnahmen als *diaspora engagement policies* (Alan Gamlen) bezeichnet. Sie zielen darauf, nationale Zugehörigkeit, Loyalität und Partizipation über territoriale und mitunter auch andere Grenzen hinweg zu organisieren und die Diaspora als Teil einer grenzübergreifend gedachten »globalen Nation« institutionell und symbolisch zu verankern.

Auch Polen fügt sich seit 1989 in diesen Trend ein. Die Beziehungen zur Polonia und den Polen im Ausland wurden nach dem Systemwechsel schrittweise ausgebaut und umfassen heute ein breites Spektrum an Politikfeldern: von Sprach- und Bildungsförderung über Kultur- und Medienpolitik, rechtliche Sonderinstrumente wie Repatriierung und die »Polenkarte« (*Karta Polaka*) bis hin zur Organisation politischer Partizipation sowie zur strategischen Einbindung der Diaspora in die Außen-, Migrations- und Wirtschaftspolitik. Mit der im April 2025 verabschiedeten Regierungsstrategie für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen im Ausland 2025–2030 (*Rządowa Strategia Współpracy z Polonią i Polakami za Granicą na lata 2025–2030*) hat die polnische Regierung diesen Politikbereich in einem umfassenden Dokument neu gerahmt und stärker mit demographischen, arbeitsmarktpolitischen und außenpolitischen Zielsetzungen verknüpft.

Der polnische Fall ist in mehrfacher Hinsicht analytisch besonders aufschlussreich. Zum einen richtet sich die staatliche Diasporapolitik an sehr unterschiedliche Gruppen: an Auswanderungsgemeinschaften in Westeuropa, Nordamerika und zunehmend auch in anderen Weltregionen ebenso wie an polnische Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa, deren Situation wesentlich durch Grenzverschiebungen und Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert geprägt ist. Zum anderen überlagern sich in der Politik gegenüber diesen Gruppen verschiedene, teils komplementäre, teils spannungsreiche Zielsetzungen: die Pflege nationaler Identität und Sprache, die historisch begründete Verantwortung gegenüber Minderheiten, der Einsatz der Diaspora als Ressource der Außen- und Kulturpolitik sowie – nicht zuletzt – Fragen politischer Partizipation und innenpolitischer Mobilisierung.

Vor diesem Hintergrund fragt der Beitrag, wie sich die Politik des polnischen Staates gegenüber seiner Diaspora seit 1989 institutionell und inhaltlich entwickelt hat und welche politischen Funktionen sie erfüllt. Er argumentiert, dass Polens Diasporapolitik weder auf kulturelle Symbolpolitik noch auf klassische Minderheiten- oder Migrationspolitik reduziert werden kann, sondern ein eigenständiges Politikfeld darstellt, in dem Nationenbildung (*Nation-Building*) jenseits des Territoriums, außenpolitische Interessen und innenpolitische Dynamiken eng miteinander verschränkt sind.

Im Mittelpunkt stehen drei Analyseebenen: erstens die institutionelle Architektur und ihre Veränderungen seit der Transformation, zweitens zentrale Politikfelder wie Bildung, Recht und politische Partizipation, drittens die strategische Neujustierung durch das Regierungsprogramm für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen im Ausland in den Jahren 2015–2020

(*Rządowy Program Współpracy z Polonią i Polakami za Granicą w latach 2015–2020*) und die Regierungsstrategie 2025–2030. Ziel ist es, Kontinuitäten und Brüche herauszuarbeiten und Polens Diasporapolitik in den europäischen und internationalen Kontext staatlicher *diaspora engagement policies* einzuordnen.

»Polonia und Polen im Ausland«: Begriffe und Zielgruppen

In Politik, Verwaltung und öffentlicher Debatte wird für die im Ausland lebenden Personen polnischer Herkunft überwiegend der Sammelbegriff »Polonia und Polen im Ausland« (*Polonia i Polacy za granicą*) verwendet. Der in der internationalen Forschung gebräuchliche Terminus »Diaspora« ist in diesem Kontext weniger etabliert und wird von Teilen der Betroffenen mit Skepsis aufgenommen, da er als distanzierend oder historisch belastet wahrgenommen wird. Gleichwohl bietet er für die analytische Einordnung staatlicher Politik den Vorteil, unterschiedliche Formen grenzüberschreitender Zugehörigkeit unter einen Oberbegriff zu fassen.

Der Ausdruck »Polonia« bezeichnet traditionell vor allem *Auswanderungsgemeinschaften* und deren Nachkommen, insbesondere in Nordamerika, Westeuropa und Australien. Er verweist auf eine Geschichte prinzipiell freiwilliger Migration aus wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Gründen und ist oftmals positiv mit Vorstellungen kultureller Kontinuität und organisatorischer Selbstständigkeit verbunden. Demgegenüber wird für polnischsprachige Bevölkerungsgruppen in den östlichen Nachbarstaaten Polens häufig die Bezeichnung »Polen im Ausland« verwendet. Diese Terminologie trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich hier vielfach nicht um klassische Emigranten handelt, sondern um Minderheiten, deren heutige Lage auf Grenzverschiebungen und Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert zurückgeht: Sie haben das polnische Staatsgebiet nicht aktiv verlassen, sondern wurden infolge dieser Prozesse zu nationalen Minderheiten außerhalb der Grenzen Polens.

Für die Analyse staatlicher Politik ist diese Unterscheidung grundlegend, da sie mit unterschiedlichen Erwartungshorizonten und politischen Logiken verknüpft ist. Die Ansprache von Auswanderungsgemeinschaften orientiert sich vor allem an der Aufrechterhaltung kultureller Bindungen, an konsularischen Leistungen für Staatsbürger im Ausland sowie an Fragen politischer Partizipation und Mobilität. Im Fall der polnischen Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa treten Aspekte des Minderheitenschutzes, der historischen Verantwortung und der Rolle Polens als kultureller und politischer Bezugspunkt stärker in den Vordergrund.

Hinzu kommt eine dritte, seit dem EU-Beitritt 2004 stark wachsende Gruppe: die Arbeits- und Mobilitätsmigration innerhalb der Europäischen Union. Diese

Gemeinschaften unterscheiden sich sowohl von der traditionellen Polonia in Übersee als auch von den autochthonen Minderheiten im Osten. Sie sind durch hohe Mobilität, enge Alltagsbezüge zum Herkunftsland und eine häufig grenzüberschreitende Lebensweise geprägt. Für sie gewinnen Fragen der politischen Partizipation, der sozialen Absicherung und der institutionellen Anbindung besondere Bedeutung.

Insgesamt lässt sich die polnische Diaspora damit nicht als homogene Gemeinschaft begreifen, sondern als Geflecht unterschiedlicher Herkunftskontexte, Generationen und Rechtsstellungen. Die staatliche Diasporapolitik trägt dieser Heterogenität Rechnung, indem sie verschiedene Instrumente und Adressatenkategorien unterscheidet – und diese zugleich unter dem übergreifenden Narrativ einer »globalen polnischen Gemeinschaft« zusammenführt.

Entwicklungslinien seit 1989

Die besondere Bedeutung, die der Diaspora in der polnischen Politik bis heute zukommt, lässt sich nur vor dem Hintergrund einer langen Geschichte von Emigration, Grenzverschiebungen und staatlichen Teilungen verstehen. Bereits im 19. Jahrhundert spielte die politische Emigration eine zentrale Rolle für die Aufrechterhaltung nationaler Identität und die internationale Sichtbarkeit der Bemühungen um die staatliche Unabhängigkeit. In der Zwischenkriegszeit blieb der Kontakt zu im Ausland lebenden Polen ein wichtiger Bestandteil der staatlichen Politik zur Festigung nationaler Zugehörigkeit. Während des Kalten Krieges war das Verhältnis zwischen der Volksrepublik Polen und der Polonia ambivalent: Einerseits versuchte der kommunistische Staat Einfluss auf Emigrantenorganisationen zu nehmen, andererseits galten große Teile der westlichen Polonia als politisch oppositionell. Zugleich bestanden enge kulturelle und familiäre Bindungen, die staatlicher Kontrolle nur begrenzt zugänglich waren.

Mit dem Systemwechsel 1989 setzte eine grundlegende Neubewertung dieser Beziehungen ein. Demokratisierung und Öffnung ermöglichten eine institutionelle und symbolische Wiederannäherung an die Polonia, die nun nicht mehr als politischer Gegner, sondern als Teil der nationalen Gemeinschaft begriffen wurde. In den 1990er Jahren standen kultur- und bildungspolitische Maßnahmen im Vordergrund: der Ausbau des Polnischunterrichts im Ausland, die Unterstützung von Schulen, Medien und Organisationen sowie die Wiederbelebung zivilgesellschaftlicher Netzwerke. Gleichzeitig begann der Aufbau staatlicher Zuständigkeiten – vor allem im Parlament und im Außenministerium –, der die Grundlage für eine dauerhaft institutionalisierte Diasporapolitik legte.

Der EU-Beitritt 2004 markierte eine weitere Zäsur. Mit der Öffnung der Arbeitsmärkte in mehreren Mit-

gliedstaaten setzte eine umfangreiche Arbeitsmigration ein, insbesondere nach Großbritannien, Irland, Deutschland und in die Benelux-Staaten. Damit entstand eine neue, zahlenmäßig starke und hoch mobile Gruppe von Auslandspolen, deren Lebensrealität sich deutlich von der traditionellen Polonia in Übersee ebenso wie von den Minderheiten im Osten unterschied. Für den polnischen Staat gewann nun die praktische Organisation von Mobilität, sozialer Absicherung und politischer Partizipation im Ausland an Gewicht. Steigende Zahlen von Auslandswählern, der Ausbau konsularischer Dienstleistungen und neue Bildungs- und Informationsangebote spiegeln diesen Wandel wider.

Parallel dazu wurden rechtliche Instrumente entwickelt, die vor allem auf die polnischen Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa zielten. Das Repatriierungsgesetz im Jahr 2000 und insbesondere die Einführung der »Polenkarte« im Jahr 2007 institutionalisierten eine Politik, die historische Verantwortung, kulturelle Zugehörigkeit und migrationspolitische Steuerung miteinander verband. Diese Regelungen erweiterten klassische Kultur- und Minderheitenpolitik um rechtliche Privilegien und Mobilitätsperspektiven und machten Diasporapolitik zu einem Feld, das tief in Staatsangehörigkeits- und Migrationsrecht hineinreicht.

Seit Mitte der 2010er Jahre lässt sich eine weitere Verschiebung beobachten. Mit dem Regierungsantritt der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) 2015 gewann die symbolische und politische Aufladung der Diasporapolitik an Bedeutung (allerdings wurde die Diasporapolitik bereits während der ersten, von der PiS geführten Regierung in den Jahren 2005–2007 in besonderer Weise politisch akzentuiert). Fragen nationaler Identität, historischer Erinnerung und staatlicher Souveränität rückten stärker in den Vordergrund; zugleich wurde die institutionelle Steuerung stärker zentralisiert. Die Polonia wurde vermehrt als politischer und gesellschaftlicher Akteur wahrgenommen, dessen Unterstützung – etwa bei Wahlen oder in internationalen Debatten – innen- und außenpolitisch relevant sein kann.

Die 2025 verabschiedete Regierungsstrategie der Kabinetts von Ministerpräsident Donald Tusk für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen im Ausland stellt vorläufig den Kulminationspunkt dieser Entwicklung dar. Erstmals wird Diasporapolitik offiziell und umfassend mit migrations-, arbeitsmarkt- und außenpolitischen Zielsetzungen verknüpft und als Bestandteil einer langfristigen staatlichen Gesamtstrategie formuliert. Damit lässt sich ein Entwicklungspfad nachzeichnen, der von der kulturellen Wiederannäherung nach 1989 über die rechtliche und institutionelle Verdichtung in den 2000er Jahren bis zur strategischen Rahmung im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts führt.

Institutionen und Zuständigkeiten

Die Politik des polnischen Staates gegenüber der Polonia und den Polen im Ausland ist seit 1989 schrittweise institutionalisiert worden. Charakteristisch ist ein institutionelles Gefüge aus parlamentarischen, exekutiven und nachgeordneten Akteuren, dessen Zuständigkeiten sich im Zeitverlauf mehrfach verschoben haben. Diese Veränderungen spiegeln funktionale Anpassungen, aber auch politische Prioritäten und Steuerungsansprüche wider.

Eine besondere Rolle kam von Beginn an dem Senat zu. Als Kammer, die sich nach 1989 symbolisch in der Tradition der Zweiten Republik sah, verstand sich der Senat früh als Schirmherr und zentraler Förderer der Polonia. Über seinen Ausschuss für Emigration und Kontakte zu Polen im Ausland sowie in enger Kooperation mit dem Verband »Polnische Gemeinschaft« (*Stowarzyszenie »Wspólnota Polska«*) entwickelte sich der Senat zu einem zentralen Förderer kultureller, bildungspolitischer und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Ausland. Die Vergabe von Fördermitteln an Polonia-Organisationen, Schulen und Kulturinstitutionen lag lange Zeit maßgeblich beim Senat und orientierte sich an einer projektbezogenen Logik. Diese Verankerung im Parlament verlieh der Diasporapolitik Sichtbarkeit und Kontinuität, band sie jedoch zugleich an parteipolitische Mehrheiten und an eine nur begrenzt strategisch koordinierte Förderpraxis.

Parallel dazu gewann das Außenministerium seit den 2000er Jahren an Bedeutung. Mit der Einrichtung eines eigenen Referats und später einer eigenen Abteilung für die Zusammenarbeit mit der Polonia (2009; seit 2012: *Departament Współpracy z Polonią i Polakami za Granicą*) wurde Diasporapolitik stärker in die außenpolitische und konsularische Routine eingebettet. Das weltweite Konsularnetz beschränkte sich damit nicht mehr auf klassische konsularische Aufgaben, sondern wurde zu einem zentralen Instrument der Durchführung von Bildungs-, Kultur- und Fördermaßnahmen sowie der Organisation von Wahlen im Ausland. Damit verlagerte sich ein Teil der Steuerung von der parlamentarischen in die exekutive Sphäre – mit Auswirkungen auf die Professionalisierung, aber auch auf die politische Kontrolle.

Im Bildungsbereich spielt das dem Bildungsministerium unterstellte Zentrum für die Entwicklung der polnischen Bildung im Ausland (*Ośrodek Rozwoju Polskiej Edukacji za Granicą* – ORPEG) eine Schlüsselrolle. Es koordiniert polnische Schulen und ergänzende sog. Samstagschulen (Wochenendunterricht in polnischer Sprache) im Ausland, entsendet Lehrkräfte, entwickelt Lehrmaterialien und organisiert Fortbildungen. Sprache und Bildung sind damit institutionell fest im staatlichen Verwaltungsgefüge verankert und bilden einen Kernbestandteil der langfristigen Identitäts- und Kulturpolitik gegenüber der Diaspora.

Seit Mitte der 2010er Jahre traten zudem Tendenzen einer stärkeren Zentralisierung in der Kanzlei des Ministerpräsidenten hinzu. Zeitweise wurden Förderprogramme und Koordinationsaufgaben aus dem Senat herausgelöst und der Regierung unmittelbar unterstellt. Diese Verschiebung war nicht nur administrativer Natur, sondern Ausdruck eines wachsenden politischen Steuerungsanspruchs: Diasporapolitik sollte enger mit Innen-, Geschichts- und Migrationspolitik verzahnt und stärker entlang der Prioritäten der jeweiligen Regierung ausgerichtet werden. Die Vergabe von Fördermitteln mit Hilfe zentraler Programme und von Wettbewerben eröffnete neue Möglichkeiten, thematische Schwerpunkte zu setzen und Akteurslandschaften zu strukturieren.

Die Finanzierungslogik blieb projektorientiert, wurde jedoch zunehmend in umfassendere Regierungsprogramme eingebettet. Mittel für Kultur, Bildung, Medien und zivilgesellschaftliche Aktivitäten werden überwiegend wettbewerblich vergeben, was Transparenz und Effizienz erhöhen soll, zugleich aber Abhängigkeiten schafft und den Einfluss politischer Prioritätensetzungen verstärkt. Wiederholt zeigte sich zudem, dass Koordinationsfragen zwischen Senat, Außenministerium, Fachministerien und der Kanzlei des Ministerpräsidenten konfliktträchtig sind und Defizite strategischer Abstimmung sichtbar machen.

Insgesamt lässt sich ein Spannungsverhältnis zwischen institutioneller Pluralität und politischer Zentralisierung beobachten. Einerseits stützt sich die polnische Diasporapolitik auf ein breites Netz von Akteuren, das Kontinuität und thematische Vielfalt gewährleistet. Andererseits haben insbesondere seit 2015 Versuche zugenommen, Zuständigkeiten zu bündeln und die Politik gegenüber der Polonia stärker in eine kohärente staatliche Gesamtstrategie einzubetten. Die 2025 verabschiedete Polonia-Strategie knüpft daran an und formuliert explizit den Anspruch, Koordination, Prioritätensetzung und Wirksamkeit über Ressort- und Institutionengrenzen hinweg zu verbessern.

Politikfelder der Diasporapolitik:

Kultur, Sprache, Bildung und Medien

Kultur-, Sprach- und Bildungspolitik bilden seit Beginn der 1990er Jahre den Kern der polnischen Diasporapolitik. Sie zielen darauf, nationale Zugehörigkeit über Generationen und Grenzen hinweg zu erhalten und die Polonia als Teil einer über territoriale und bisweilen staatsbürgerschaftliche Grenzen hinaus »vorgestellten Gemeinschaft« (Benedict Anderson) zu begreifen. In diesem Politikfeld verbinden sich klassische Minderheiten- und Kulturpolitik mit Elementen öffentlicher Diplomatie und zunehmend auch mit migrationspolitischen Zielsetzungen.

Eine zentrale Rolle kommt der polnischen Sprache zu. Sie gilt als wichtigster Träger nationaler Identität und als Voraussetzung kultureller Bindungen in der zweiten und dritten Generation. Der Staat unterstützt daher seit den 1990er Jahren systematisch den Polnischunterricht im Ausland – etwa durch die Förderung von »Samstagsschulen«, die Entsendung und Fortbildung von Lehrkräften sowie die Bereitstellung von Lehrmaterialien. Institutionell gebündelt sind diese Aktivitäten vor allem im *ORPEG*, der Bildungseinrichtungen koordiniert und als Schnittstelle zwischen Bildungsministerium, Konsulaten und lokalen Trägern fungiert. Angesichts wachsender sprachlicher Heterogenität – von muttersprachlichen Minderheiten im Osten bis zu Kindern polnischer Arbeitsmigranten in Westeuropa – hat sich der Fokus in Teilen von reiner Sprachpflege zu differenzierten didaktischen Angeboten und Zertifizierungsformaten verschoben.

Auch im schulischen und universitären Bereich ist der Staat präsent. Neben der Unterstützung allgemeinbildender Schulen im Ausland gehören dazu Stipendienprogramme, Sommerschulen und Studienangebote in Polen, die gezielt Jugendliche und Studierende polnischer Herkunft ansprechen. Diese Maßnahmen dienen nicht nur der kulturellen Bindung, sondern zunehmend auch der Anbahnung von Mobilität und Rückkehr, wie es die Strategie 2025–2030 ausdrücklich betont.

Ein weiteres zentrales Feld ist die Medienpolitik. Mit dem Fernsehsender *TVP Polonia* und Angeboten des Auslandsrundfunks verfügt Polen über staatlich unterstützte Medien, die sich explizit an die Diaspora richten. Sie vermitteln Informationen über Politik und Gesellschaft, tragen zur kulturellen Reproduktion bei und schaffen eine symbolische Öffentlichkeit, in der die Polonia als Teil der nationalen Gemeinschaft sichtbar wird. Seit Mitte der 2010er Jahre hat sich die Rolle dieser Medien stärker politisiert: Neben kulturellen Inhalten treten vermehrt aktuelle politische Formate und Narrative auf, was die Bedeutung der Diasporamedien als Kanal staatlicher Kommunikation und öffentlicher Diplomatie unterstreicht.

Ergänzt werden diese Infrastrukturen durch eine ausgeprägte Symbolpolitik. Der jährlich am 2. Mai begangene »Tag der Polonia und der Polen im Ausland« (*Dzień Polonii i Polaków za Granicą*), staatlich unterstützte Kongresse und Treffen von Diasporaorganisationen sowie die Präsenz hochrangiger Repräsentanten bei Jubiläen und Gedenkveranstaltungen dienen der rituellen Einbindung der Auslandspolen in den nationalen Erinnerungs- und Festkalender. Solche Formate bekräftigen die Vorstellung einer »globalen Nation«, in der territoriale und mitunter auch staatsbürgerschaftliche Distanz Zugehörigkeit nicht aufhebt, sondern jene symbolisch überbrückt wird.

Im Zeitverlauf lässt sich eine Verschiebung von einer primär kultur- und minderheitenpolitischen Logik hin zu einer stärker strategischen Rahmung beobachten. Während in den 1990er und 2000er Jahren der Erhalt von Sprache und kultureller Infrastruktur im Vordergrund stand, werden diese Politikfelder heute stärker mit außenpolitischen und demographischen Zielsetzungen verknüpft. Die Strategie 2025–2030 hebt zudem digitale Bildungsangebote, internationale Netzwerke und die gezielte Ansprache jüngerer Generationen hervor und versteht Kultur- und Medienpolitik ausdrücklich als Teil öffentlicher Diplomatie.

Rechtliche Instrumente: Repatriierung und Karta Polaka

Ein zentrales Element der polnischen Diasporapolitik seit 1989 bilden rechtliche Sonderinstrumente, mit denen nationale Zugehörigkeit jenseits von Staatsbürgerschaft und Wohnsitz formalisiert wird. Besonders hervorzuheben sind hierbei das Repatriierungsgesetz aus dem Jahr 2000 und das 2007 verabschiedete Gesetz über die *Karta Polaka*. Beide Regelungen richten sich primär an Personen polnischer Herkunft in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und verknüpfen historisch begründete Verantwortung gegenüber durch Grenzverschiebungen entstandenen Minderheiten mit migrations- und integrationspolitischen Zielen.

Das Repatriierungsgesetz entstand vor dem Hintergrund der schwierigen sozialen und rechtlichen Lage polnischer Minderheiten in den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, insbesondere in Kasachstan, deren Präsenz auf Deportationen vor und während des Zweiten Weltkriegs zurückgeht. Es eröffnete diesen Gruppen die Möglichkeit zur dauerhaften Rückkehr nach Polen und sah staatliche Unterstützung bei der Ansiedlung, Wohnraumversorgung und Integration vor. Repatriierung wurde damit als Akt historischer Wiedergutmachung und als Bestandteil einer moralisch begründeten Schutzverantwortung verstanden.

Mit der Einführung der *Karta Polaka* wurde dieser Ansatz erheblich erweitert. Anders als das Repatriierungsgesetz zielt sie im Kern nicht unmittelbar auf dauerhafte Rückkehr, sondern auf institutionelle Anerkennung ethnonationaler Zugehörigkeit. Die Karte kann von Personen beantragt werden, die keine polnische Staatsbürgerschaft besitzen, aber polnische Herkunft, Sprachkenntnisse und kulturelle Bindung nachweisen. Sie verleiht ein Bündel von Rechten und Vergünstigungen, darunter erleichterte Visa- und Aufenthaltsregelungen, Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildungseinrichtungen sowie finanzielle Unterstützung für Studium und Kulturaktivitäten. Zugleich fungiert sie als privilegierter Zugangspfad zur späteren Einbürgerung.

Politisch markiert die *Karta Polaka* eine doppelte Zielsetzung. Einerseits ist sie Ausdruck einer Schutz-

machtpolitik gegenüber polnischen Gemeinschaften in Litauen, Belarus, der Ukraine und anderen Staaten Ostmittel- und Osteuropas. Sie stärkt deren kulturelle und institutionelle Anbindung an den polnischen Staat und signalisiert fortdauernde Verantwortung für Gruppen, deren Zugehörigkeit infolge historischer Grenzverschiebungen problematisiert wurde. Andererseits erfüllt sie zunehmend migrationspolitische Funktionen: Die erleichterte Mobilität und Integration in den polnischen Arbeits- und Bildungsmarkt macht die *Karta Polaka* zu einem Instrument, mit dem Polen gezielt Personen polnischer Herkunft als potenzielle Zuwanderer anspricht.

Diese Verschränkung wird in der Strategie 2025–2030 ausdrücklich aufgegriffen. Dort wird die *Karta Polaka* nicht nur als kulturpolitisches Symbol, sondern als Bestandteil einer breiteren Mobilitäts- und Rückkehrpolitik verstanden. Im Kontext demographischen Wandels und wachsender Arbeitskräfteknappheit soll sie dazu beitragen, Personen mit Herkunftsbezug für Studium, Qualifikation und Erwerbstätigkeit in Polen zu gewinnen und langfristig zu binden; zugleich bleibt die Förderung von Sprache, Bildung und kultureller Infrastruktur in den Herkunftsregionen ein Kernziel.

Rechtlich und politisch markieren Repatriierung und *Karta Polaka* damit eine Verschiebung des Zugehörigkeitsverständnisses. Nationale Bindung wird nicht mehr ausschließlich über Staatsbürgerschaft und Territorialität definiert, sondern stärker über Herkunft, Sprache und kulturelle Sozialisation. Diese Öffnung schafft neue Inklusionsmöglichkeiten, wirft aber auch Abgrenzungsfragen auf: Wer gilt als Teil der Nation, welche Kriterien sind ausschlaggebend und wie werden ethnonationale Privilegien gegenüber universalen Bürgerrechten legitimiert? In der Praxis bewegen sich die Sonderregelungen im Spannungsfeld historischer Verantwortung, europarechtlicher Rahmenbedingungen und innenpolitischer Debatten über Migration und Integration.

Politische Partizipation: Wahlrecht und Auslandsstimmen

Die Einbindung im Ausland lebender polnischer Staatsbürger in den politischen Prozess ist seit 1989 ein fester Bestandteil der demokratischen Ordnung der Dritten Republik. Polnische Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland besitzen bei Präsidentschafts-, Parlaments- und Europawahlen das aktive Wahlrecht und können ihre Stimme in eigens eingerichteten Auslandswahlbezirken abgeben.

Gleichzeitig ist die politische Bedeutung der Auslandsstimmen durch institutionelle Regelungen begrenzt. Bei den Wahlen zum Sejm werden die im Ausland abgegebenen Stimmen seit 1991 dem Wahlkreis Nr. 19 (Warszawa I) zugerechnet; die Zahl der dort zu vergebenden Mandate richtet sich jedoch aus-

schließlich nach der Einwohnerzahl im Inland. Für die Senatswahlen gilt ein ähnliches Prinzip: Die Stimmen aus dem Ausland werden einem Warschauer Wahlbezirk zugeschlagen, in dem – wie in allen anderen Bezirken – nur ein Mandat vergeben wird. Formal ist die Polonia damit Teil der nationalen Wählerschaft, ohne dass die sich verändernde zahlenmäßige Stärke in der Sitzverteilung eigenständig abgebildet würde.

Die Zahl der im Ausland abgegebenen Stimmen ist seit den 1990er Jahren deutlich gestiegen. Während in den frühen Jahren der Transformation nur wenige zehntausend Personen an Wahlen teilnahmen, wurden bei den Parlamentswahlen 2019 bereits über 300.000 Stimmen im Ausland abgegeben; 2023 erreichte die Zahl der abgegebenen Stimmen sogar ca. 570.000. Die größten Wählergruppen finden sich in den klassischen Aufnahmелändern der jüngeren Migration, insbesondere im Vereinigten Königreich, in Deutschland, Irland, den Niederlanden, Norwegen, Belgien, Spanien und den USA.

Trotz dieses Wachstums bleibt der Einfluss der Auslandsstimmen auf das Gesamtergebnis der Parlamentswahlen begrenzt. Ihr Anteil an allen abgegebenen Stimmen liegt in der Regel bei rund ein bis zwei Prozent und ist damit kaum wahlentscheidend auf nationaler Ebene. Politische Relevanz entfalten sie vor allem auf der Ebene einzelner Wahlkreise. Im Sejm-Wahlkreis Warszawa I machten die Stimmen aus dem Ausland in den vergangenen Wahlgängen teils mehr als ein Fünftel der gültigen Stimmen aus und konnten damit über den Einzug einzelner Kandidaten entscheiden. Bei den Senatswahlen ist ihr relatives Gewicht in dem betroffenen Warschauer Bezirk noch größer und erreichte zeitweise Anteile von über 40 Prozent.

Diese Konstruktion hat wiederholt Debatten über die Gleichwertigkeit von Wahlstimmen und Repräsentation ausgelöst. Kritiker verweisen darauf, dass Millionen wahlberechtigter Staatsbürger faktisch keinen proportionalen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments haben, da ihre Stimmen zwar gezählt, bei der Mandatsverteilung aber nicht als eigene Wählerbasis berücksichtigt werden. Forderungen nach einem eigenen Auslandswahlkreis oder nach Anpassungen der Mandatsberechnung wurden bislang nicht aufgegriffen. Befürworter des bestehenden Systems argumentieren hingegen, dass eine gesonderte Repräsentation der Polonia das Prinzip der territorialen Wahlkreise unterlaufen und politische Verantwortung gegenüber der im Inland lebenden Bevölkerung verzerren würde.

Unabhängig davon besitzt die Polonia eine wachsende symbolische und politische Bedeutung. Wahlkämpfe richten sich stärker als früher auch an Auslands Polen; Spitzenpolitiker werben bei Auslandsbesuchen um Unterstützung. Die Organisation der Stimmabgabe wird damit zum Indikator demokratischer Inklusion

der »globalen Nation« – auch wenn die institutionelle Ausgestaltung den realen Einfluss der Polonia auf die Machtverteilung begrenzt. Vor diesem Hintergrund erhalten strategische Dokumente, die Anspruch auf Koordination und Prioritätensetzung erheben, zusätzliches Gewicht.

Strategiewandel: Das Regierungsprogramm 2015–2020 und die Regierungsstrategie 2025–2030 im Vergleich

Mit dem Regierungsprogramm für die Jahre 2015–2020 und der im April 2025 verabschiedeten Strategie für den Zeitraum 2025–2030 liegen zwei zentrale Referenzdokumente vor, die den Anspruch des polnischen Staates markieren, seine Politik gegenüber der Polonia und den Polen im Ausland strategisch zu bündeln. Beide Papiere knüpfen an seit den 1990er Jahren etablierte Zielsetzungen an, unterscheiden sich jedoch in Problemdeutung, Prioritätensetzung und Steuerungsanspruch.

Zielhierarchien und Problemdeutung

Das Programm 2015–2020 ordnete die Diasporapolitik primär der Pflege von Sprache, Kultur und nationaler Identität zu. Im Mittelpunkt standen Bildungsangebote, die Unterstützung polnischsprachiger Medien, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der Schutz polnischer Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa. Diese Ausrichtung reflektierte eine klassische Logik der kulturellen Nationenbildung und der historischen Verantwortung gegenüber durch Grenzverschiebungen entstandenen Minderheiten. Die Strategie 2025–2030 kennzeichnet eine Akzentverschiebung, ohne diese Ziele aufzugeben. Sie definiert die Zusammenarbeit mit der Polonia ausdrücklich als Bestandteil der Außenpolitik und verbindet Identitäts- und Kulturpolitik mit wirtschafts-, migrations- und arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen. Die Diaspora wird als »globale Ressource« und als Netzwerk verstanden, das zur öffentlichen und wirtschaftlichen Diplomatie sowie zur Bewältigung demographischer und arbeitsmarktlicher Engpässe beitragen soll. Entsprechend treten Rückkehr, Mobilität und Kompetenzgewinnung stärker in den Vordergrund.

Adressatengruppen

Beide Dokumente unterscheiden zwischen Teilgruppen der Diaspora. Das Programm 2015–2020 legte den Schwerpunkt auf die Polonia in klassischen Aufnahmелändern ebenso wie Minderheiten im östlichen Europa und verstand letztere vor allem unter dem Gesichtspunkt von Minderheitenrechten, Bildungsinfrastruktur und kultureller Kontinuität. Die Strategie 2025–2030 erweitert diese Perspektive um eine stärkere Fokussierung auf die post-2004-Migration innerhalb der EU sowie auf

zweite und dritte Generationen, für die Polnisch zunehmend eine Fremdsprache ist. Auffällig ist zudem eine liberalere Definition von Zugehörigkeit: Auch Personen ohne aktive Sprachkompetenz oder Staatsbürgerschaft, aber mit Herkunftsbezug und Interesse an Polen, werden als Teil einer breiter gefassten Diaspora adressiert.

Instrumente

In der Instrumentenpalette zeigen sich deutliche Kontinuitäten: Sprach- und Bildungsförderung, Unterstützung von Medien und Organisationen, symbolische Anerkennung sowie rechtliche Sonderregelungen bilden in beiden Dokumenten den Kern. Neu ist jedoch die stärkere Verknüpfung dieser Instrumente mit migrations- und arbeitsmarktpolitischen Zielen. Die Strategie 2025–2030 integriert die Diasporapolitik explizit in die Migrationsstrategie des Staates und kündigt Anpassungen u. a. im Staatsangehörigkeits-, Repatriierungs- und *Karta Polaka*-Recht an. Rückkehrprogramme, die gezielte Ansprache von Studierenden und Fachkräften sowie Maßnahmen zur Anerkennung von Qualifikationen und zur sozialen Absicherung werden systematischer als zuvor als Bestandteil der Polonia-Politik definiert.

Institutionelle Steuerung und Governance

Beide Dokumente erkennen die besondere Rolle des Senats als historisch gewachsenen Akteur an. Das Programm 2015–2020 operierte in einer Phase, in der Zuständigkeiten zwischen Senat, Außenministerium und – zeitweise – der Kanzlei des Ministerpräsidenten verteilt waren. Die Strategie 2025–2030 formuliert demgegenüber einen klareren Koordinationsanspruch des Außenministeriums und strebt eine stärkere Verzahnung der beteiligten Ressorts an. Damit wird Diasporapolitik weniger als sektorales Förderfeld, sondern als querschnittliche Staatsaufgabe konzipiert.

Diskurs und Selbstverständnis

Schließlich unterscheiden sich die Dokumente in der diskursiven Rahmung. Das Programm 2015–2020 betonte vor allem die Rolle des Staates als kultureller Bezugspunkt und Schutzmacht, insbesondere für die polnischen Minderheiten im Osten. Die Strategie 2025–2030 ergänzt dieses Selbstverständnis um das Bild einer partnerschaftlichen Beziehung zu einer global vernetzten Gemeinschaft, die zugleich Träger polnischer Identität und Akteur in den Gesellschaften der Aufnahmeländer sein soll. Begriffe wie »Netzwerk« (*sieć*), »Partner« (*partnerstwo*) und »Ressource« (*zasób ludzki*) verweisen auf eine stärker funktionale Sicht auf die Diaspora, die über reine Kulturpflege hinausgeht.

Insgesamt zeigen beide Dokumente Kontinuität in grundlegenden Zielen – Identitätsbindung, Sprachförderung, institutionelle Unterstützung und besondere

Verantwortung gegenüber Minderheiten. Die Strategie 2025–2030 markiert jedoch eine Prioritätenverschiebung hin zu Rückkehr, Mobilität und strategischer Nutzung der Diaspora in der Außen-, Wirtschafts- und Migrationspolitik sowie einen höheren Anspruch an Koordination und Wirksamkeit staatlichen Handelns.

Fazit: Diasporapolitik als grenzüberschreitende Nationenbildung und strategisches Politikfeld

Die Politik des polnischen Staates gegenüber der Polonia und den Polen im Ausland hat sich seit 1989 von einem primär kultur- und minderheitenpolitischen Aufgabenbereich zu einem eigenständigen, strategisch gerahmten Politikfeld entwickelt. Sie verbindet heute Identitäts- und Erinnerungspolitik, rechtliche Sonderinstrumente, migrations- und arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen sowie Formen politischer Partizipation zu einem komplexen Ensemble staatlicher Steuerung jenseits des Territoriums.

Charakteristisch ist die gleichzeitige Ausrichtung auf unterschiedliche Adressatengruppen. Einerseits richtet sich die Politik an Auswanderungsgemeinschaften und deren Nachkommen, andererseits nimmt sie polnische Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa in den Blick. Instrumente wie Repatriierung und *Karta Polaka* fungieren als Scharnier zwischen beiden Logiken und zeigen, wie Zugehörigkeit rechtlich und institutionell jenseits von Staatsbürgerschaft und Wohnsitz organisiert wird.

Die institutionelle Architektur – mit Senat, Außenministerium, nachgeordneten Bildungseinrichtungen und zeitweise der Kanzlei des Ministerpräsidenten – spiegelt diese Mehrdimensionalität wider. Zugleich verweisen die seit 2015 zu beobachtenden Zentralisierungs- und Koordinierungsbestrebungen auf einen wachsenden Anspruch politischer Steuerung. Die 2025 verabschiedete Polonia-Strategie bündelt diese Entwicklungen und markiert den Versuch, kulturelle, rechtliche und migrationspolitische Maßnahmen in eine kohärente Gesamtstrategie einzubetten. Neu ist dabei vor allem die stärkere funktionale Rahmung der Diaspora als Ressource in Außenpolitik, öffentlicher Diplomatie und Arbeitsmarktpolitik, ohne dass die klassischen Ziele der Identitäts- und Minderheitenpolitik aufgegeben würden.

Insgesamt erweist sich die polnische Diasporapolitik als prägnantes Beispiel zeitgenössischer staatlicher Diasporapolitik in Europa. Sie zeigt, wie Staaten nationale Zugehörigkeit über Grenzen hinweg organisieren und dabei symbolische Inklusion, rechtliche Privilegierung und selektive Mobilisierung miteinander verbinden. Zugleich treten Spannungen zutage: zwischen kultureller Anerkennung und politischer Gleichstellung, zwischen historischer Verantwortung und strategischer Interessenpolitik sowie zwischen grenzüberschreitender

Öffnung und weiterhin territorial geprägten Institutionen der Repräsentation.

Vor dem Hintergrund demographischen Wandels, anhaltender Migration und der sicherheitspolitischen Zäsur durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dürfte die Bedeutung der Polonia für Polens

Außen-, Gesellschafts- und Migrationspolitik weiter zunehmen. Die Frage, inwieweit es gelingt, die verschiedenen Zielsetzungen – Identitätsbindung, Minderheitenschutz, Rückkehrförderung und politische Partizipation – in ein konsistentes Konzept zu integrieren, wird damit zu einer zentralen Herausforderung der kommenden Jahre.

Der Text entstand im Rahmen des Forschungsprojekts »Polen in der Welt: Die Politik des polnischen Staats gegenüber seinen Diasporas« (<https://www.deutsches-polen-institut.de/themen-projekte/wissenschaft/forschungsprojekte/polen-in-der-welt-die-politik-des-polnischen-staates-gegenueber-seinen-diasporen>), das aus den Mitteln der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung gefördert wird.

Über den Autor

Bastian Sendhardt, Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut, Darmstadt, Büro Berlin.

Lesetipp

Das polnische Außenministerium hat einen Atlas zusammengestellt, der länderbezogenen Zahlen und Einrichtungen der polnischen Diaspora aufführt: Atlas polskiej obecności za granicą (2014). https://issuu.com/msz.gov.pl/docs/atlas_polskiej_obecnosci_za_granica (abgerufen am 30.01.2026).

DOKUMENTATION

Die Regierungsstrategie für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen im Ausland 2025–2030

[...]

Prioritäten der Polonia-Politik der Regierung

1. Die Vermittlung der polnischen Sprache

Die polnische Sprache ist für die Mehrheit der Angehörigen der polnischen Community in der Welt nicht mehr die Muttersprache. Das betrifft insbesondere die Emigranten der zweiten und folgenden Generationen. Gleichzeitig jedoch bedeutet die schwächer werdende Bindung an die Sprache nicht automatisch, dass die Beziehungen zum Land der Vorfahren abreißen. Im Gegenteil, das Interesse, die polnische Sprache zu erlernen, wächst weltweit (und im Übrigen nicht nur in den Kreisen der Polonia). Eine Herausforderung bleibt es, das Unterrichtssystem der Polonia und insbesondere seinen zentralen Bestandteil, die Vermittlung der polnischen Sprache, so zu gestalten, dass es nicht mehr als altmodisch wahrgenommen wird, sondern junge Menschen animiert, in Kontakt mit der Sprache kommen zu wollen. Das gilt insbesondere für den Fall, wenn sich Personen zwar der polnischen Sprache bedienen, aber auf einem Niveau, das eine flüssige Kommunikation und geschäftliche Aktivitäten oder Initiativen im Bereich der Bildung nicht ermöglicht. Das Unterrichtssystem der Polonia sollte auch Personen polnischer Herkunft die Möglichkeit geben, Polnisch zu lernen, die sich als nachfolgende Generationen entscheiden, den Kontakt zur Sprache der Vorfahren wiederaufzunehmen, und für die das Erlernen der polnischen Sprache ein Impuls für ihre Mobilität werden könnte, d. h. für eine mögliche Entscheidung nach Polen zu emigrieren bzw. zurückzukehren. Unter anderem aus diesem Grund ist es wichtig, die Rolle der polnischen Lehrer, die in den lokalen Polonia-Gemeinschaften tätig sind, in den Blick zu nehmen und ihre Kompetenzen sowie auch den Zugang zu ständiger Weiterbildung auszubauen. [...]

2. Die Rückkehrpolitik

Betrachtet man den Erfolg der polnischen Wirtschaft, aber auch die demographischen Indizes, sollte die polnische Gemeinschaft in der Welt als attraktive Humanressource wahrgenommen werden, die erlauben würde, den Fachkräf-

temangel am polnischen Arbeitsmarkt auszugleichen. Dabei handelt es sich um Personen, die seltene Erfahrungen besitzen, unter anderem im Bereich der Arbeitsorganisation, was ein wertvoller Modernisierungsimpuls für Polen sein kann. Junge, im Ausland lebende Polen sowie Personen polnischer Herkunft, die im Ausland einen Schulabschluss erworben haben, der sie für ein Hochschulstudium qualifiziert, interessieren sich zunehmend dafür, ihre berufliche Zukunft mit Polen zu verbinden. Die erste Etappe wäre, ein Studium (in polnischer oder englischer Sprache) aufzunehmen. Diese für die polnischen Hochschulen attraktive Zielgruppe wurde im Zusammenhang mit den breit angelegten Aktivitäten zur Internationalisierung der polnischen Wissenschaft bisher nicht ausreichend unterstützt. [...] Ein Rückkehrangebot für berufstätige Personen wiederum muss stärker profiliert werden und die speziell zugeschnittenen Programme berücksichtigen, die im Austausch mit einzelnen Berufsgruppen oder Branchen entwickelt werden. [...]

3. Zivilgesellschaftliche und patriotische Bildung, Identitätsbildung

Die Polonia-Gemeinschaften, die einerseits immer noch eine starke Bindung an Polen haben, die andererseits aber auch gut in dem Land, in dem sie aktuell leben, integriert sind und sich dort engagieren, sind die besten Fürsprecher polnischer Interessen. Die Entwicklung einer zivilgesellschaftlicher Haltung sowie die Förderung des Engagements für Angelegenheiten des öffentlichen und politischen Lebens im Aufenthaltsland erlauben langfristig, ein globales Netzwerk lokaler Führungsakteure zu knüpfen, die gleichermaßen mit ihrem Herkunftsland verbunden sind, sich aber auch der polnischen Perspektive sowie der polnischen politischen Prioritäten bewusst sind. [...]

4. Die Finanzierung der Aktivitäten der Polonia

Viele Länder, insbesondere die europäischen, gewähren zivilgesellschaftlichen Organisationen Zugang zu finanziellen Mitteln und Fonds zur Durchführung ihrer programmatischen Tätigkeit. Für diese Mittel bewerben sich die Organisationen und Verbände der Polonia nur sporadisch, obwohl sie die formalen Voraussetzungen, die sie für diese Form der Unterstützung qualifizieren, erfüllen. Es gibt verschiedene Ursachen für diese Situation (fehlendes Wissen, Mangel an Kreativität und Initiative, übermäßige Abhängigkeit von polnischen Haushaltsmitteln), und häufig ergeben sich daraus negative Konsequenzen für die Wahrnehmung und die Rolle der Polonia. Die auslandspolnischen Milieus sollten daher mobilisiert sowie bei der Suche nach lokalen Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Aktivitäten, nach nutzbaren lokalen Partnerschaften und Instrumenten des privaten Sponsoring wie auch bei der Förderung des Ehrenamtes unterstützt werden. Die polnischen Haushaltsmittel sollten als Ergänzung zu den o. g. genannten Finanzierungsquellen gewichtet werden. Länder, in denen eine autoritäre Regierung herrscht (Russland, Belarus), und Länder, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, u. a. infolge eines bewaffneten Konflikts (Ukraine), werden weiter individuell betrachtet. [...]

5. Aktivitäten zur Pflege der Identität und der Bindungen an das Herkunftsland sowie zur Bewahrung des kulturellen Erbes

Die Organisationen der Polonia und der Emigration spielen eine wesentliche Rolle bei der Bewahrung des kulturellen Erbes im Ausland, indem sie in den lokalen auslandspolnischen Gemeinschaften die polnischen Traditionen und Bräuche pflegen und damit den Zugang zur polnischen Kultur sicherstellen. Dazu gehört auch die Aufrechterhaltung einer entsprechenden Infrastruktur sowie die Pflege der materiellen Objekte des polnischen kulturellen Erbes im Ausland und der polnischen Gedenkort. [...]

6. Soziale und humanitäre Unterstützung

Die natürlichen demographischen Entwicklungen einerseits und die sich andererseits verstärkenden sozialen Probleme verursachen, dass Projekte mit humanitärer Zielsetzung für die Auslands Polen an Bedeutung gewinnen müssen. Die demographischen Entwicklungen, aber auch politische Konflikte und Herausforderungen beeinflussen den fundamentalen Strukturwandel in der polnischen Diaspora im Osten. Diese alternde Gruppe hat häufig keinen Zugang zu einer gesundheitlichen Grundversorgung, Medikamenten, Rehabilitationsmaßnahmen oder anderen medizinischen Leistungen. Der Abfluss der mobilsten jungen Menschen bewirkt zusätzlich die Vereinsamung und eine faktische Ausgrenzung der älteren Menschen, die häufig auf dem Land leben, wo medizinische Dienstleistungen oder andere Formen der Unterstützung weniger zugänglich sind.

Gleichzeitig beginnt in manchen Ländern Westeuropas (Metropolen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, den Beneluxländern oder Italien) das Problem der Obdachlosigkeit und der Ausgrenzung polnischer Staatsangehöriger zuzunehmen. Häufig ist es eine Folge beruflicher Misserfolge in der Emigration, was wiederum mit der Einstellung einhergeht, nicht nach Polen zurückzukehren. [...]

7. Die Verbreitung von touristischen Angeboten in der Polonia und unter den Polen im Ausland mit dem Ziel, für mehr touristische Reisen nach Polen zu werben

Die Polonia und die Polen im Ausland sind die natürlichen Botschafter Polens. Sie können Informationen über die touristische Attraktivität Polens und über Reisemöglichkeiten nach und in Polen vermitteln. [...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Das Außenministerium]: *Rządowa strategia współpracy z Polonią i Polakami za granicą na lata 2025-2030* [Die Regierungsstrategie für die Zusammenarbeit mit der Polonia und den Polen im Ausland 2025–2030]. <https://www.gov.pl/attachment/819354c9-df0c-4f35-8c4a-e15766333dd8> (abgerufen am 30.01.2026).

STATISTIK

Personenanzahl der polnischen Diaspora

Tabelle 1: Personenanzahl der polnischen Diaspora

Asien*	
China	2.200
China-Taiwan	1.300
Georgien	1.000
Indonesien	1.700
Israel	50.000
Japan	3.000
Kasachstan	30.000
Singapur	1.500
Thailand	6.000
Türkei	3.000
Usbekistan	2.000
Vereinigte Arabische Emirate	10.000
Afrika*	
Ägypten	1.500
Südafrika	10.000
Australien und Ozeanien	
Australien	220.000
Neuseeland	7.000
Europa	
Albanien	200
Österreich	100.000
Belgien	120.000
Belarus	500.000
Bosnien Herzegowina	300
Bulgarien	6.000
Kroatien	2.000
Zypern	7.000
Montenegro	250
Tschechien	55.000
Dänemark	70.000
Estland	2.000
Finnland	5.500

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Personenanzahl der polnischen Diaspora (Fortsetzung)

Europa (Fortsetzung)	
Frankreich	1.000.000
Griechenland	15.000
Spanien	120.000
Niederlande	480.000
Irland	125.000
Island	31.000
Litauen	185.000
Luxemburg	6.000
Lettland	50.000
Nordmazedonien	500
Malta	2.000
Rep. Moldau	5.000
Deutschland	2.200.000
Norwegen	140.000
Portugal	10.000
Russland	300.000
Rumänien	5.000
Serbien	1.000
Slowakei	10.000
Slowenien	1.000
Schweiz	60.000
Schweden	160.000
Ukraine	440.000
Ungarn	6.000
Italien	100.000
Großbritannien	1.300.000
Nordamerika*	
Dominikanische Republik	1.000
Haiti	4.000
Kanada	1.000.000
Mexiko	6.000
USA	10.000.000
Südamerika*	
Argentinien	120.000
Brasilien	3.000.000
Chile	3.000
Kolumbien	2.000
Peru	1.500
Uruguay	1.000

*Auswahl (Personenanzahl > 1000)

Główny Urząd Statystyczny; Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Statistisches Hauptamt; Außenministerium]: Polacy za granicą [Polen im Ausland]. <https://dashboard-polonia.stat.gov.pl/polonia> (abgerufen am 28.01.2026).

KOMMENTAR

Strukturwandel der deutsch-polnischen Beziehungen – mehr als nur eine Stimmungskrise

Ein Kommentar zur Interpretation des Deutsch-Polnischen Barometers 2025

(Polen-Analysen 357)

Krzysztof Ruchniewicz, Universität Wrocław, Breslau

Den Text von Agnieszka Łada-Konefal »Deutsche und Polen – eine Beziehung in Bewegung. Ergebnisse des Deutsch-Polnischen Barometers 2025« (Polen-Analysen 357) habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Die Autorin ordnet die erhobenen Daten sorgfältig ein und zeigt sowohl die Verschlechterung der Stimmungen auf polnischer Seite als auch die Stabilisierung bzw. Verbesserung der Einstellungen gegenüber Polen in der deutschen Gesellschaft. Die Verlässlichkeit des Barometers als Instrument zur Messung gegenseitiger Wahrnehmungen steht außer Frage. Gleichwohl legt die Lektüre Schlussfolgerungen nahe, die zu einer anderen Gesamtinterpretation führen: Nicht die Zahlen selbst, sondern die Art ihrer Deutung sowie die Verteilung von Verantwortung und Handlungsfähigkeit bedürfen einer kritischen Betrachtung.

Die Grundlagen der bilateralen Beziehungen sind auf polnischer Seite weiterhin stark historisch geprägt, insbesondere durch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs. Die Instrumentalisierung von Geschichte und Erinnerungskonflikten durch die Regierungen der Vereinigten Rechten in den Jahren 2015–2023 war zweifellos eines der destruktivsten Elemente dieser Politik. Doch nicht alle von ihr genutzten Probleme wurden von ihr selbst erzeugt. Vielmehr griff sie auf langfristig wirksame Themen zurück, die bereits zuvor politisches Mobilisierungspotenzial besaßen.

Das Deutsch-Polnische Barometer ist in diesem Zusammenhang als Lackmustest gesellschaftlicher Stimmungen außerordentlich wertvoll. Die Vergleichbarkeit der Daten über 25 Jahre hinweg stellt eine große Stärke dar, beseitigt jedoch nicht alle Interpretationsprobleme. Es zeigt, wie es ist – beantwortet aber nur begrenzt, warum es so ist.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit der seit 25 Jahren verwendete Fragenkatalog den Realitäten einer sich wandelnden Welt noch entspricht. Der internationale Kontext hat sich seit der EU-Erweiterung über die Euro- und Migrationskrise bis hin zum russisch-ukrainischen Krieg fundamental verändert. Dieselben Fragen können heute etwas anderes bedeuten als vor 20 Jahren. Nicht nur die Antworten ändern sich – auch der Kontext, in dem sie gegeben werden. In diesem Sinne ist das Barometer nicht nur ein Instrument der Messung von Meinungen, sondern auch ein

Indikator für den Wandel der politischen Semantik, in der diese Meinungen artikuliert werden. Die heutige »Verschlechterung« kann daher nicht ohne Weiteres als simple Regression interpretiert werden, sondern muss auch als Effekt veränderter Erwartungs- und Deutungsrahmen gelesen werden.

In der dominierenden Interpretation wird die Verantwortung für die Verschlechterung der polnischen Meinungen über Deutschland primär der rechten Rhetorik, den Medien sowie Akteuren der Erinnerung zugeschrieben. Die Wahrnehmung der Rolle der deutschen Seite erscheint demgegenüber defensiv. Es fehlt jedoch eine vertiefte Reflexion über strukturelle deutsche Versäumnisse, die über Jahre hinweg real Vertrauen in Polen untergraben haben: Nord Stream als Symbol der Missachtung der Sicherheit Mittel- und Osteuropas, die langjährige Russlandpolitik (»Wandel durch Handel«), die verzögerte Zeitenwende sowie das Fehlen eines materiellen und symbolischen Abschlusses der Kriegsfolgen. Diese Elemente waren keine bloßen Episoden, sondern prägten schrittweise das Bild Deutschlands in Polen.

Wenn politische Narrative öffentliche Meinungen formen, ist es schwer aufrechtzuerhalten, dass nur eine Seite deren Produzent gewesen sei. Die Verschlechterung der Beziehungen ist nicht allein ein Effekt der Rhetorik der polnischen Rechten, sondern auch eine Konsequenz politischer Entscheidungen auf deutscher Seite und ihrer Wahrnehmungswirkungen.

Ähnliche Zweifel weckt die Interpretation der Rückkehr der Kriegs- und Reparationsfragen. Sie werden häufig als reine Instrumentalisierung gedeutet. Unzureichend ist jedoch eine Sichtweise, die übersieht, dass diese Fragen über Jahrzehnte hinweg im Namen »guter Beziehungen« institutionell befriedet wurden und ihre heutige Präsenz Ausdruck einer veränderten polnischen Position ist: wachsender Subjektivität, schwindender Asymmetrien sowie eines zunehmenden Empfindens symbolischer und materieller Defizite.

Hinter der verbreiteten Deutung steht zudem die Annahme, die Beziehungen seien einst stabil gewesen und erlebten heute einen durch Populismus verursachten Rückschritt. Tatsächlich beruhte die Stabilität der Jahre 1990–2014 jedoch in hohem Maße auf einer asymmetrischen Verhandlungsposition Polens sowie auf günstigen geopolitischen Konstellationen. Die heutigen Span-

nungen markieren daher weniger einen Rückfall als vielmehr einen Phasenwechsel: hin zu einer partner-schaftlicheren, zugleich aber konfliktreicheren und real-istischeren Beziehung.

Ein besonderes Problem bleibt dabei nicht so sehr das Fehlen eines materiellen und symbolischen Abschlus-ses der Kriegsfragen, sondern das fortgesetzte Hinaus-zögern konkreter Entscheidungen. Dieses Aufschieben erweckt zunehmend den Eindruck, die deutsche Seite setze darauf, dass sich dieses Problem »von selbst« lösen werde – mit dem Verschwinden der letzten Opfer und Zeugen. Eine solche Strategie hat jedoch schwerwie-gende Folgen nicht nur für das Gedenken, sondern auch für die Zukunft der Beziehungen, die weiterhin stark geschichtsbezogen geprägt sein werden – nunmehr voll-ständig vermittelt, ohne Beteiligung der Zeitzeugen.

Damit stellt sich die Frage nach der Bildung jun-ger Menschen in beiden Ländern. Welche Rolle sollen Krieg und Besatzung spielen, wenn sie nicht klar im öffentlichen Raum verankert werden? Wie steht es um das deutsch-polnische Geschichtsbuch, das als dauer-haftes Instrument zur Überwindung von Erinnerungs-konflikten gedacht war und heute eher am Rande der Debatte steht?

In diesem Zusammenhang kann die jüngste Erwäh-nung dieses Projekts durch Sejmmarschall Włodzimierz Czarzasty als positives Signal gelesen werden – sofern ihr konkrete Maßnahmen folgen. Auch die symboli-sche Dimension darf nicht unterschätzt werden. Hätte nicht ein Denkmal für die polnischen Opfer in Berlin einen solchen Abschluss markieren sollen? Zwar wurde eine Entscheidung getroffen, doch bleibt offen, ob die letzten Zeitzeugen die Enthüllung noch erleben werden.

Schon heute finden die Jahrestage des Kriegsbeginns ohne jene statt, die ihn unmittelbar erlebt haben – was den Charakter von Erinnerung und Verantwortung

grundlegend verändert. Der 80. Jahrestag des Kriegs-endes wurde als Moment verpasst, an dem beide Seiten deutliche Zeichen von Ernsthaftigkeit und Verantwor-tung hätten setzen können.

In der Interpretation erscheint zudem häufig das klassische Schema: deutscher Pragmatismus versus pol-nische Emotionalität. Dabei sind Emotionen in der Erin-nerungspolitik kein Defekt, sondern Ausdruck eines Gerechtigkeitsempfindens. Problematisch ist nicht ihre Existenz, sondern das Fehlen von Kanälen, in denen sie in Anerkennung und institutionelle Lösungen überführt werden können.

Die wohl wichtigste empirische Schlussfolgerung des Barometers 2025 liegt im Übrigen anderswo: Bilate-rale Kontakte erhöhen die Widerstandsfähigkeit gegen-über antideutscher Rhetorik. Das Problem liegt daher nicht ausschließlich in politischen Narrativen, sondern im Bedarf an realen, sichtbaren und langfristigen For-men der Zusammenarbeit.

Der Text von Agnieszka Łada-Konefał beschreibt die Symptome einer Wahrnehmungskrise treffend, diag-nostiziert jedoch ihre Ursachen nicht hinreichend. Es handelt sich nicht nur um einen Effekt von Populis-mus und Emotionen auf polnischer Seite, sondern um das Resultat struktureller Veränderungen und deut-scher Versäumnisse im symbolischen, erinnerungspoli-tischen und geopolitischen Bereich. Gerade angesichts der über 25jährigen Erfolgsgeschichte des Deutsch-Pol-nischen Barometers erscheint es umso wichtiger, auch die veränderten Deutungs- und Referenzrahmen der Erhebung selbst in die Interpretation einzubeziehen. Wir haben es heute nicht mit einem »Zerfall der Beziehun-gen« zu tun, sondern mit ihrer schmerzhaften Norma-lisierung – bei weiterhin erheblichen Handlungsspiel-räumen auf beiden Seiten.

Über den Autor

Prof. Dr. habil. *Krzysztof Ruchniewicz* ist Historiker, Blogger und Podcaster, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Neueste Geschichte am Historischen Institut der Universität Wrocław (Uniwersytet Wrocław), Breslau (Wrocław). Er ist Autor zahlreicher Publikationen, unter anderem zu den deutsch-polnischen Beziehungen.

Lesetipp

Agnieszka Łada-Konefał: Deutsche und Polen – eine Beziehung in Bewegung. Ergebnisse des Deutsch-Polnischen Barometers 2025, in: Polen-Analysen 357, <https://laender-analysen.de/polen-analysen/357/deutsche-und-polen-eine-beziehung-in-bewegung-ergebnisse-des-deutsch-polnischen-barometers-2025/> bzw. <https://laender-analysen.de/polen-analysen/357/PolenAnalysen357.pdf>, S. 2–9.

CHRONIK

20. Januar – 2. Februar 2026

20.01.2026	Der Ministerrat beschließt einen Gesetzesentwurf, der die schrittweise Rücknahme des Sondergesetzes für ukrainische Kriegsflüchtlinge vorsieht, das der Sejm im März 2022 verabschiedet hat. Das Ziel ist es, dass ukrainische Geflüchtete künftig im selben Unterstützungssystem (Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt) geführt werden wie andere Personen mit vorübergehendem Schutzstatus. Der Gesetzesentwurf wird an den Sejm weitergeleitet.
21.01.2026	Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) trifft sich Präsident Karol Nawrocki mit US-Präsident Donald Trump. Im Gespräch werden Fragen der Sicherheit behandelt, u. a. die Sicherheitsgarantien für Polen sowie die Präsenz US-amerikanischer Soldaten. Thema war auch die von Trump für den nächsten Tag angekündigte Einsetzung eines »Friedensrates«, zu dem er 60 Staaten, darunter Polen, eingeladen hat.
21.01.2026	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz empfängt in Warschau seinen lettischen Amtskollegen Andris Sprūds. Auf einer Pressekonferenz im Anschluss gibt Kosiniak-Kamysz bekannt, dass aktuell an einer neuen bilateralen Vereinbarung über die militärische Kooperation gearbeitet wird. Beide zeigen sich zufrieden über den Einsatz von Einheiten der polnischen Armee in Lettland, die dort zusammen mit anderen nationalen Streitkräften zum Schutz der NATO-Ostflanke stationiert sind.
22.01.2026	Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos (Schweiz) nimmt Präsident Karol Nawrocki am Gründungstreffen des von US-Präsident Donald Trump initiierten »Friedensrates« teil, unterzeichnet aber nicht für Polen, wie es auch am Vortag von seinem Büroleiter für Internationale Politik angekündigt wurde, da eine Unterzeichnung verfassungsrechtlich nicht geklärt sei. Kritiker werfen Trump vor, mit dem »Friedensrat« eine Konkurrenz zu den Vereinten Nationen aufbauen zu wollen.
23.01.2026	Das Innenministerium teilt mit, dass Polen der Ukraine 379 Stromgeneratoren sowie weitere Geräte zur Wärmeerzeugung liefern wird. Die Lieferung soll noch am selben Tag starten. Infolge der systematischen Angriffe Russlands auf die Energie- und Wärmeversorgung der Ukraine sind aktuell ca. 60 Prozent der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw bei zweistelligen Minustemperaturen ohne Strom.
23.01.2026	Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) unterstreicht Außenminister Radosław Sikorski, dass Polen das einzige Land ist, dass eine gemeinsame Grenze sowohl mit Russland als auch der Ukraine hat. Um im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einer gerechten Vereinbarung zur Beendigung des Krieges zu kommen, müsse auf den Aggressor Druck ausgeübt werden und nicht auf das Opfer. Sikorski ruft dazu auf, dass Europa seine Fähigkeit, selbständig zu handeln, stärke und gleichzeitig offen für internationale Zusammenarbeit bleibe.
26.01.2026	Die Heritage Foundation, ein einflussreicher konservativer Thinktank in den USA, gibt bekannt, dass der ehemalige polnische Präsident Andrzej Duda als Distinguished Visiting Fellow aufgenommen wird.
26.01.2026	Medienberichten zufolge befürwortet die Europäische Kommission den Antrag Polens auf finanzielle Unterstützung im Rahmen des SAFE-Programms der Europäischen Union zum Kauf von Rüstungsgütern. Bei dem Programm handelt es sich um Unterstützung in Form von günstigen Krediten in Höhe von insgesamt 150 Mrd. Euro. Polen hat für 139 Projekte 43,7 Mrd. Euro beantragt. Außer Polen erhielten auch Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen und die Slowakei die Zustimmung der Kommission. Die endgültige Entscheidung trifft der Rat der EU.
27.01.2026	Vizeaußenminister Ignacy Niemczycki empfängt in Warschau den Außenhandelsminister Finnlands, Ville Tavio. Die polnisch-finnischen Beziehungen hätten Schlüsselbedeutung für die Sicherheit in der Region und an der östlichen Grenze der Europäischen Union und der NATO. Die bilaterale Zusammenarbeit sollte im Bereich der Rohstoffsicherheit, Atomenergie und Rüstungsindustrie weiterentwickelt werden.
27.01.2026	In der Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau findet am Jahrestag der Befreiung des Lagers vor 81 Jahren durch die Rote Armee die zentrale Gedenkfeier statt. Zu den Teilnehmern gehören 21 Überlebende des Lagers, Präsident Karol Nawrocki, Kulturministerin Marta Cienkowska sowie weitere Vertreter aus Politik, Religion und öffentlichem Leben sowie internationale Gäste. Im Mittelpunkt der Gedenkstunde stehen die Aussagen noch lebender sowie bereits verstorbener Lagerinsassen.
28.01.2026	Landwirtschaftsminister Stefan Krajewski empfängt in Warschau Taras Katschka, Vizeministerpräsident der Ukraine und Beauftragter für die europäische und euroatlantische Integration der Ukraine. Hauptthema des Treffens ist der Integrationsprozess der ukrainischen Landwirtschaft in die Europäische Union und die Zusammenarbeit des polnischen und ukrainischen Landwirtschaftssektors, die deutliche strukturelle Unterschiede aufweisen. Krajewski betont, dass die bilaterale Zusammenarbeit nicht auf Kosten der polnischen Bauern und der Lebensmittel verarbeitenden Betriebe gehen dürfe. Es müsse eine ausgeglichene Kooperation angestrebt werden. Die Integration der ukrainischen Landwirtschaft sollte den gemeinsamen Markt stärken und nicht schwächen.

29.01.2026	Auf der Sitzung des Rates »Auswärtiges Angelegenheiten« (Außenministerrat) der Europäischen Union spricht sich Außenminister Radosław Sikorski dafür aus, das 20. Sanktionspaket gegen Russland, das einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, bald zu verabschieden. Als Ergänzung zu Sanktionen gegen die sog. russische Schattenflotte seien Sanktionen gegen Raffinerien, die russisches Öl verarbeiten, wichtig.
30.01.2026	In Anwesenheit von Ministerpräsident Donald Tusk und Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz wird mit einem Konsortium von Rüstungsunternehmen ein Vertrag über die Lieferung des Drohnenabwehrsystems SAN für die polnischen Streitkräfte unterzeichnet. Tusk sagt, es handele sich um einen absoluten Durchbruch, wenn es um die wirksame Verteidigung der polnischen, europäischen und Nato-Ostgrenze gehe. Kosiniak-Kamysz bezeichnet SAN als möglichen Exportschlager der polnischen Industrie. Zu dem Konsortium gehören die polnischen Unternehmen Polska Grupa Zbrojeniowa und Advanced Protection Systems sowie Kongsberg Defence & Aerospace aus Norwegen.
31.01.2026	Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, Ministerin für Fonds und Regionalpolitik, wird im wiederholten zweiten Wahlgang mit 350 von 659 Stimmen zur Vorsitzenden von Polen 2050 (Polska 2050) gewählt. Paulina Hennig-Kloska, Ministerin für Klima und Umwelt, erhielt 309 Stimmen. Der zweite Wahlgang war zunächst am 12. Januar durchgeführt worden, er wurde aber wegen technischer Probleme für ungültig erklärt. Der bisherige Parteivorsitzende und -gründer, Szymon Hołownia, hatte im Herbst angekündigt, sein Amt abzugeben.
02.02.2026	Die Operative Führung der Bewaffneten Streitkräfte (Dowództwo Operacyjne Rodzajów Sił Zbrojnych – DORSZ) teilt mit, dass in der Nacht wieder Ballons im polnische Luftraum gesichtet wurden, die aus Richtung Belarus kamen. Es habe keine Gefahr für den polnischen Luftverkehr und die Bevölkerung bestanden. Mutmaßlich habe es sich um Schmugglerballons gehandelt. In der vergangenen Woche seien solche Vorfälle bereits in drei Nächten festgestellt worden.
02.02.2026	Sejm marschall Włodzimierz Czarzasty erklärt auf einer Pressekonferenz, dass er Bemühungen für die Verleihung des Friedensnobelpreises an US-Präsident Donald Trump nicht unterstützt. Ende vergangener Woche war eine Bitte um Unterstützung im Sejm eingegangen, die vom Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson und Amir Ochana, Präsident der israelischen Knesset, ausging. Czarzasty begründet seine Ablehnung mit Trumps Politikstil. Er betreibe eine Politik der Stärke und des Deals, breche das Völkerrecht und schwäche internationale Organisationen wie die UN und die WHO sowie die Europäische Union.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2026 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>